

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1928

51 (29.2.1928)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aussträger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.20
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Zeitteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:
Bereitschaft Sinsheim
e. G. m. b. H.

Nr. 51.

Mittwoch, den 29. Februar 1928.

89. Jahrgang

Der Widersinn des Korridors.

Ein offener Franzose. — „Die polnisch-preussische Grenze ist ein Unsinn“.

Die Wahrheit hört man in Polen nicht gern, auch wenn sie von den treuesten Freunden und Gönnern herkommt. So wurde in Dirschau, das heute den weniger wohlklingenden Namen Teszow hat, das „Pommersche Tageblatt“, die ehemalige jetzt noch das Deutschum wacker verteidigende „Dirschauer Zeitung“ von der Starostei, dem polnischen Landratsamt, beschlagnahmt. Das ungeheuerliche Verbrechen des deutschen Volkes bestand lediglich darin, daß es ohne jeden Kommentar den Artikel einer angesehenen Pariser Zeitung abdruckte, der unverblümt den Widersinn des Korridors hervorhebt.

Der Artikel stammt aus der Feder des Chefredakteurs des bekannten Blattes „Le Soir“, Robert Tourin, der unlängst persönlich in Danzig, Polen und an der Weichselgrenze weilte. Er betont selbst, daß er „leidenschaftlos und nur, um dem Frieden zu dienen“ geschrieben habe und führt dann in der Hauptsache aus:

„Meine Ueberzeugung steht jetzt fest: Der Friede ist an den Ähren der Weichsel in Gefahr. Die polnisch-preussische Grenze ist ein Unsinn, der Danzig Korridor eine Zerstückerung bei lebendigem Leibe, die Abhängigkeit Danzigs von Polen eine unbe-

greifliche „Kolonisation“ mit Gewalt, die die Grundzüge des Rechts und der Gerechtigkeit mit Füßen tritt. Man hat Wert darauf gelegt, kurz nach dem Kriege Polen „königlich“ zu loben, man hat aus Polen einen großen Staat machen wollen, der imstande wäre, in diesem weiten Osten das Gleichgewicht zwischen Deutschland und dem benachbarten Rußland zu halten. Aber man schneidet nicht so willkürlich in das Fleisch der Völker. Die Folgen davon? Ein kleiner Staat wurde in seinen Rechten verletzt und kann nur Einspruch dagegen erheben. Eine Provinz, ein abgenommenes Glied ist verurteilt, langsam zu sterben. Der Korridor ist ein Stachel im deutschen Fleisch. Alle Diplomaten Europas sollten es sich angelegen sein lassen, eine Lösung für diese Frage zu finden. Es handelt sich nicht darum, die Rechte Polens als Staat zu verletzen. Es will keinen Krieg, sagt es. Deutschland auch nicht; Danzig noch weniger. Also? Die Weichselgrenze muß neu festgelegt werden. Die Rechte Danzigs müssen neu festgelegt werden. Es muß ein für alle annehmbarer Modus vivendi gefunden werden.“

Der offener Franzose schließt mit einem Appell an den Völkerbund, der die Aufgabe habe, den Frieden herzustellen und überall die Kriegskerne auszurotten.

20 Millionen Phöbusverluste.

Die Öffentlichkeit soll informiert werden.

Berlin, 28. Febr. Die amtlichen Untersuchungen über die Phöbus-Affäre, die, übrigens noch immer nicht zur endgültigen Lösung gebracht werden konnten, haben inzwischen ergeben, daß erheblich größere Summen durch den Skandal verschlungen werden, die auf das Konto des Kapitäns Lehmann kommen. Der Reichsfinanzminister veranschlagt den Schaden jetzt auf mindestens 20 Millionen RM, wobei noch nicht feststeht, ob diese Summe nicht durch die weiteren Ergebnisse der noch laufenden Untersuchung überholt wird. Allein die jüngst aufgedeckten Spektakelgeschäfte machten etwa 1,1 Millionen RM aus. Mehr und mehr gewinnt jetzt auch bei den amtlichen Stellen, insbesondere bei dem Reichswehrminister Dr. Gröner die Auffassung, daß die Öffentlichkeit über die Einzelheiten des Skandals informiert werden müßte, um zu vermeiden, daß nicht allwöchentlich durch neue Veröffentlichungen neue Beunruhigungen hervorgerufen werden. Die Auffassung kam auch bei den letzten parlamentarischen Besprechungen darüber zum Ausdruck und man erwartet allgemein, daß der Reichswehrminister alsbald nähere Mitteilungen über die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung der Öffentlichkeit zugehen lassen wird.

Die für heute in Aussicht genommene Besprechung des Vizekanzlers Dr. Bergt mit den Führern der bisherigen Regierungsparteien hat noch nicht stattgefunden. Dagegen wurde zwischen Vertretern des Reichsernährungs-, Reichswehr- und Reichsfinanzministeriums die Angelegenheit der Berliner Bacon-Kompagnie erörtert. Diese Angelegenheit wird in den nächsten Tagen zusammen mit der Phöbusangelegenheit noch den Hauptauschuss sehr eingehend beschäftigen.

Ablauf wichtiger Lohnsteuerfristen

Berlin, 29. Febr. Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß am 29. Februar die Frist abläuft, innerhalb deren die Arbeitgeber den Finanzämtern Ueberweisungslisten für 1927 über die außerhalb des Ortes der Betriebsstätte wohnhafte Arbeitnehmer einzureichen haben. Bis zum gleichen Tage haben die Arbeitnehmer, für die 1927 Steuerkarten verwendet worden sind, ihre Steuerkarten mit Einlagebogen an das Finanzamt abzuliefern. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge auf Erstattung von Lohnsteuer für 1927 bis zum 31. März beim Finanzamt eingereicht werden müssen. Merkblätter über Lohnsteuererstattung und Antragsvordrucke sind bei den Finanzämtern kostenlos erhältlich.

Die Industriebesuche des Königs Amanullah

Berlin, 29. Februar. König Amanullah von Afghanistan widmete den gestrigen Tag weiteren Industriebesichtigungen. Geführt von Geheimrat Dr. Deutsch besichtigte er zunächst die Transformatorfabrik der A.G. in Oberkornau, dann das Kabelwerk Oberpre und die A.G. Da Afghanistan kaum Eisenbahnen besitzt, interessierten den König besonders die Kraftwagen der A.G. Nach der Besichtigung überreichte Geheimrat Deutsch dem König wertvolle Erinnerungsgeschenke. Die Gäste besuchten dann das Großkraftwerk Klingenberg.

Der Zusammenbruch im Jahre 1918

Abschluß der Untersuchungen über die Politik des Reichstages im Weltkriege.

Berlin, 29. Febr. In der gestrigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages berichtete Abg. Philipp (Dn.) namens des vierten Untersuchungsausschusses über den Abschluß der Untersuchungen über die Politik des Reichstages im Weltkriege und über die allgemeinen Ursachen und Vorgänge des inneren Zusammenbruches im Jahre 1918. Es wurde beschlossen, dieses Teilergebnis dem Plenum noch in dieser Wahlperiode zur Kenntnis zu bringen.

Die Ehescheidungsreform vor dem Rechtsausschuss des Reichstages

Berlin, 29. Februar. Am Rechtsausschuss des Reichstages wurde gestern über den Bericht des Untersuchungsausschusses für die Reform des Ehescheidungsrechts beraten. Anträge der

Deutschnationalen und des Zentrums, die Angelegenheit von der Tagesordnung abzusehen, da die zur Verfügung stehende Zeit des Reichstages zur Erledigung dieser Angelegenheit nicht mehr ausreichte, wurden mit den Stimmen der Linksparteien und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Notprogramm sich nur auf finanzielle Fragen beziehe und keineswegs identisch sei mit der genauen Umschreibung der Aufgaben, die der Reichstag noch erledigen könne. Der Vorsitzende Dr. Kahl (DVP.) erstattete dann einen ausführlichen Bericht über die Arbeiten des Untersuchungsausschusses und die Anträge, die dieser zur Reform der Ehecheidung vorbrachte. Daran schloß sich eine Aussprache, in der sich die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen entschieden gegen die Änderungen aussprachen. Die Fortsetzung der Aussprache wurde auf Freitag vertagt.

Entschädigungsfragen vor dem Reichstagsausschuss

Berlin, 29. Febr. Der Entschädigungsausschuss des Reichstages nahm gestern seine Beratungen wieder auf. Die aus den Kompromißverhandlungen zwischen Regierungsparteien und Finanzministerium hervorgegangenen Vereinbarungen wurden als Anträge der Regierungsparteien vorgelegt. Die Artikel eins und zwei des Entwurfes wurden mit den von den Regierungsparteien beantragten Änderungen angenommen.

Aus der Sitzung des Haushaltsausschusses

Berlin, 29. Febr. Im Haushaltsausschuss des Reichstages nahm gestern vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Schmidt zu den vorgestrigen Ausführungen des Zentrumsabgeordneten von Guerdin im Plenum Stellung und erklärte, wenn Preußen jetzt im Etat für 1928 hunderte von neuen Beförderungstellen schaffe, dann müsste Reichsregierung und Reichstag beim Ergänzungsetat 1928 unbedingt die Folgerung ziehen. Es gehe nicht an, die Reichsbeamten schlechter in der Beförderung als die preussischen Beamten zu stellen. Die Einzelberatung des Etats des Reichsverkehrsministeriums wurde dann fortgesetzt. Der Zentrumsabgeordnete Groß nahm die bayerischen Motorenwerke gegen Angriffe in Schutz und erklärte, diese hätten sich aus eigener Kraft zu erklaffender Leistung zum Nutzen unserer Luftfahrt heraufgearbeitet.

Vorläufig keine Braunkohlenpreiserhöhung

Berlin, 29. Februar. (Funkpr.) Amittag wird mitgeteilt: Der Reichskohlenverband und der große Ausschuss des Reichskohlenrates beschäftigten sich in ihrer gestrigen Sitzung mit Anträgen des ostelbischen und des mitteldeutschen Braunkohlenindustriekomitees auf eine anderweitige Regelung der Braunkohlen- und Brickettpreise für den Monat März 1928 und das Kohlenjahr April 1928 bis März 1929. Mit Rücksicht darauf, daß das Schmalenbach-Gutachter und das Gegengutachten der Braunkohlenindustrie bisher nicht ausgewertet werden konnten, wurde beschlossen, die Anträge der beiden Syndikate, soweit sie die Preisregelung im Kohlenjahr April 1928 bis März 1929 betrafen, zurückzustellen und im Laufe des Monats März zunächst in eine eingehende Erörterung der beiden Gutachten einzutreten. Wegen der Hausbrandkrise wurde beschlossen, die Preise im Monat März auf der Höhe der Februarpreise zu belassen, den ursprünglich vorgesehenen Abschlag von je einer Mark pro Tonne also nicht eintreten zu lassen.

Mahgebend für diesen Beschluß war die Tatsache, daß die durch das Jahrespreisprogramm beschlossene gleichmäßige Beschäftigung in der Braunkohle tatsächlich nicht eingetreten ist, sondern daß die Preise in den Sommermonaten zu niedrigeren Preisen den durchschnittlichen Monatsumsatz erheblich überschritten haben.

Für die Randviere Frankfurt, Görtlich, Forst, Kassel und die Grube Gustav bei Dettlingen werden die Preise künftig als Frankopreise berechnet und auf die Frachtbasis Zenftenberg bezw. Dberöbblingen und Tübingen abgestellt.

Deutscher Reichstag

(388. Sitzung.)

Berlin, 28. Febr. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr.

Die zweite Beratung des Haushaltsplans für 1928 wird fortgesetzt und zwar beim Haushalt für Versorgungs- und Ruhegehälter. Der Ausschuss erwidert die Reichsregierung, unverzüglich einen Gesetzentwurf über die Festsetzung einer Höchst Pension und Regelung der Pensionstürzung bei hohen Arbeitseinkommen vorzulegen, ferner ein Pensionsgesetz für politische Beamte.

Abg. Hoffmann (Soz.) weist darauf hin, daß trotz erheblicher Sterblichkeit unter den Kriegssopfern alljährlich noch Zehntausende von neuen Rentnemängern hinzukämen. Die Versorgung der Kriegssopfer solle und müsse Geld kosten, damit das Volk sich mit Abscheu von den intellektuellen Urheberern des Krieges abwende. In der Frage der Pensionen wende sich die Sozialdemokratie gegen die Maßlosigkeit nach oben. Pensionskürzungen seien durchaus berechtigt. Unverständlich sei es, daß man den Adjutanten Hilfers, der aktiv am Frontdienst beteiligt war, eine 30prozentige Rente bewilligt habe. Mit der Notlage unseres Volkes sei es auch nicht vereinbar, wenn die junge Reichswehr schon 75 pensionierte Offiziere im Range eines Generalmajors, 37 im Range eines Generalleutnants und 15 im Range eines Generals habe. So sei General Reinhardt im Alter von 57 Jahren pensioniert worden, nur um seinen Nachfolger in den Genuß des Gehalts kommen zu lassen. (Hört! hört! links.)

Abg. Laverrenz (Dn.) betont, daß sich seine Fraktion einer zweckmäßigen Pensionshöchstgrenze durchaus nicht verschließen. Sie sei aber entschieden gegen die Kürzung der Pensionsansprüche beim Vorliegen anderer Einkünfte. Mit dem Erlaß eines Pensionsgesetzes für die politischen Beamten erklärt sich der Redner einverstanden. In der Frage der Unterbringung der Versorgungsberechtigten müsse durch Änderung der Anstellungsgrundzüge eine Lösung gefunden werden.

Abg. Lude (Wirtsch. Vgg.) erklärt, die Parteistandsbeamten würden bei der Anrechnung ihrer Dienstzeit ungerecht behandelt. Die schädlichen Folgen der Personalabbauverordnung zeigten sich in der hohen Zahl der Parteistandsbeamten. Der Redner fordert Kürzung der Pensionen über 12 000 M. Die Höhe der Pensionen ruhe auch bei den Angehörigen des Kleingewerbes wachsende Erregung hervor.

Abg. Erling (Str.) weist darauf hin, daß der Pensionssatz auch nach Abzug der Kriegsernten außerordentlich hoch sei. Daran sei die Aufblähung des Behördenapparates durch Krieg und Inflation schuld. Auswüchse des Pensionswesens müßten beseitigt werden. Die Regierung müsse schleunigst ein Gesetz zur Pensionsneuregelung vorlegen. Die wohlverworbenen Pensionsrechte müßten aber erhalten bleiben. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Hoffmann erklärt der Redner, die Sozialdemokraten sollten nicht vergeßen, daß die Zeit kommen werde, wo das Zentrum gegen sie in der Opposition stehe.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) erklärt, in den Ausführungen des Abg. Hoffmann hätten die kommenden Wahlen schon dunkle Schatten vorausgeworfen. Die Sozialdemokraten seien durchaus nicht die einzigen Hüter der Kriegssopfer. Wenn er von intellektueller Kriessurberberheit gesprochen

In wenigen Worten

König Amanullah besuchte gestern die Transformatorfabrik A.G. und die A.G.-Werte.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde die Einzelberatung des Etats des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

Im Rechtsausschuss des Reichstages gelangte gestern die Reform des Ehescheidungsrechts zur Beratung. Die Fortsetzung der Aussprache wurde auf Freitag festgesetzt.

Dr. Stresemann trifft am Sonntag in Genf ein, um an der Märztagung des Völkerbundes teilzunehmen.

Wie von maßgebender polnischer Seite mitgeteilt wird, beabsichtigt die polnische Regierung nicht, die litauische Frage auf der Märztagung des Völkerbundes anzuschneiden.

In der Wojwodschast Posen wurden mehrere Wahlversammlungen gesperrt, die der frühere deutsche Abgeordnete Grabe einberufen hatte.

Der in Prag gegen vier Mitglieder der Deutschen Nationalistischen Arbeiterpartei wegen Spionage angehängte Prozeß endete mit der Verurteilung der vier Angeklagten zu einwöchentlich bis sechs Jahren schweren Kerker.

Die Antwort Mussolinis an Desterreich ist nach Berichten aus Rom nicht vor Mittwoch oder Donnerstag zu erwarten. In englischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß englischerseits inoffiziell darauf hingewiesen wurde, eine Komplizierung des italienisch-österreichischen Konfliktes nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die neue amerikanische Note an Frankreich bringt wiederum zum Ausdruck, daß für Amerika kein französisch-amerikanischer Friedenspakt, sondern nur ein Weltpakt in Frage komme.

Während eines heftigen Gefechtes zwischen Regierungstruppen und Rebellen in Mexiko wurden 33 Rebellen und vier Regierungssoldaten getötet.

Die „Los Angeles“ wird voraussichtlich heute früh nach der Guacanayaba-Bai fliegen, um dort auf dem Ankerort „Patola“ zu ankern und dann nach Venedig zurückzukehren.

habe, dann entspreche das weder der Wahrheit, noch sei es außenpolitisch klug. Mit der Kürzung hoher Pensionen schaffe man kein neues Recht, sondern neues Unrecht. Das Ergebnis würden nicht Ersparnisse, sondern eine große Veräbterung sein.

Abg. Brodau (Dem.) begründet eine Entschließung zum Etat 1929, die Zivilversorgung besonders anzuführen und aus dem Versorgungsetat herauszunehmen. Der Redner bezeichnet es als unerträglich, hohe Staatspensionen zu nehmen und gleichzeitig ein neues Einkommen zu beziehen. Einem deutschnationalen Minister habe man eine Pension von 17 000 Mark errechnet, in dem das Reichsfinanzministerium die 10 Centnantiatsjahre dieses Herrn bei der Berechnung zugute nahm. Andere bekannte Rechtsparteiler bekämen hohe Staatsbezüge nur, weil sie sechs bis sieben Wochen Staatssekretäre in der Reichskanzlei waren. (Hört! hört! links.)

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) verlangt Erhöhung der Bezüge der Kriegsoffiziere und beantragt weiter Streichung der Admiral-, General- und Ministerpensionen.

Abg. Dr. Fried (Nationalsoz.) nennt die Pensionierung parlamentarischer Minister einen ungeheuren Skandal. Neuerdings spreche man auch schon von einer Pension für den Reichstagsabgeordneten. Als der Redner heftige Angriffe gegen Eisner, Erzberger und Rathenau richtet, kommen von der Linken und auch vom Zentrum stürmische Entrüstungsrufe.

Der Präsident stellt fest, daß im Ältestenrat niemals ein Mann über Pensionierung von Reichstagsabgeordneten erörtert worden sei.

Abg. Anoll (Str.) erklärt, das Niveau des Abg. Dr. Fried sei gekennzeichnet durch seine geschmacklosen Angriffe gegen ermordete Politiker, die dem Vaterlande große Dienste geleistet haben.

Abg. von Ramon (Völkisch) fordert ausreichende Verjüngung der früheren Angehörigen der aufgelösten Berliner Schloßgarde.

Abg. Volbl (Bayr. Volksp.) nimmt die Regierungsparteien gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie für die Kriegsoffiziere nicht genug übrig gehabt hätten.

Während der Rede kommt es zu einem Zwischenfall. Auf der Publikumstribüne erhebt sich ein Mann, um mit drohend erhobener Faust in den Saal zu rufen: „Wann werden Sie mir meine Kriegsentwädigung geben? Ich werde Euch verfluchen und meine Kameraden mit mir, wenn Ihr mir nicht meine Rente ehrlich bewilligt!“ Der Ruf wurde von einem Diener von der Tribüne geführt.

Abg. Volbl (Bayr. Volksp.) wendet sich gegen die Linke mit den Worten: „Solche Zwischenfälle sind die Folge Ihrer verheerenden Tätigkeit draußen im Lande.“ (Lärm und Aufstöhnen links: Kein, eine Folge ihrer Untätigkeit. Sie haben die Kriegsentwädigten belogen und betrogen.)

Damit schließt die Aussprache. Der Etat wird in der Ausschussfassung in zweiter Beratung angenommen. Die Ausschussentscheidung auf Vorlegung eines Höchstpensions- und Pensionskürzungsgesetzes wird in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 120 Stimmen bei 8 Enthaltungen genehmigt. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 14 Uhr. Etat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Schluß nach 18 Uhr.

Steigende Selbstkosten,

eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft.

Auf der Vorstands- und Hauptauschussitzung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen, verbreitete sich Dr. Sitverberg über die allgemeine Wirtschaftslage. Einleitend erfolgte der Hinweis auf den Wettlauf zwischen Fellen und Löhnen, der anscheinend aus der deutschen Wirtschaftspolitik nicht herauszubringen sei. Einmal solle die Löhnhöhe gehalten werden, um die Löhne und die verkürzte Arbeitszeit sicherzustellen, zum anderen wünsche man Zollsenkung, um die Löhne kaufkräftiger zu machen und die Lebenshaltung zu verbilligen, andererseits habe man bei der gewiß nicht scharfen Eisenpreiserhöhung hören können, als Gegenmaßnahme sei daran zu denken, die Zölle aufzuheben.

Auch in der Reparationsfrage, die heute die wirtschaftliche Lage beherrscht, stößt man auf widerstrebende Auffassungen. Die Reparationsfrage wirke sich als empfindlicher Export von Goldgoldwerten heraus, ohne daß für diesen Export eine Gegenleistung stattfindet. Allein diese ungeheure Belastung müsse unmittelbar einen starken Einfluß auf die Selbstkosten ausüben.

Eins sei zwar richtig und feststehend, daß unter dem Transferschlag die deutsche Währung gehalten werde. Aber man müsse bezüglich der Währung zweierlei unterscheiden: die technische Fest-

haltung, die unbedingt gesichert sei, und der Innenwert der Währung, wie er sich in Deutschland darstelle. Praktisch würde sich die Regierungspolitik so aus, daß eine dauernde Steigerung der Selbstkosten eintrete.

Der schöne Ausdruck „Befruchtung der Wirtschaft durch ausländische Anleihen“ sei mit einer gewissen Skepsis aufzunehmen. Von einzelnen Ausnahmefällen abgesehen, sei die Regel, daß die zu erwartenden Vorteile der Rationalisierung überwiegend durch Selbstkostenerhöhung, insbesondere durch die Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnerhöhung für die verminderten Leistungen, vorweg genommen werden, ehe sie überhaupt auftreten. Nur der Wiederaufbau des Eigenkapitals könne uns vorwärts bringen. Dazu sei aber notwendig eine völlige andere Einstellung der öffentlichen Hand, andere Stellung des Individuums im Betriebsprozess, größere Vorsicht bei Neuanlagen, die vielfach nur eine weitere Verteuerung hervorgerufen, ohne daß genügend liquide Reserven für eine rechtzeitige Erneuerung zurückgestellt werden konnten. Größere Produktion und größere Leistung der einzelnen werden allen Seiten der Wirtschaft neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

Wenn auch im Augenblick auf dem amerikanischen Inlandsmarkt noch keine erhebliche Schwächung der Nachfrage eingetreten ist, so seien doch genügend Anzeichen einer bevorstehenden Sättigung vorhanden. Die unserer Wirtschaft hieraus drohende Gefahr werde in Deutschland unterschätzt. Zu wünschen sei, daß auch die Presse den Notwendigkeiten, die von der Produktionsseite erforderlich seien, in großem Umfang Rechnung trage. Man werde tief bedauern müssen, wenn erst ausgebrochene Notstände die Erkenntnis in der Arbeiterschaft reifen ließen.

Bauer oder Gefolgsmann.

Wie sich der Bauer zur Staatsform stellt, ist auch in Deutschland entscheidend. Bisher hat er sich an den etwas derangierten Wagen des Großgrundbesitzes vorspannen lassen und mit ihm eine von agitatorischen Phrasen dirigierte Politik getrieben. Nun naht die Umkehr. Überall in Deutschland lösen sich die Bauern von dem Landbund. Die christlich-nationale Bauernbewegung ist ein Symptom. Der Bauer, ein freier Herr unter vielen ist ja der Artypus des Demokraten; stark ist er mit einer großen Zahl Gleichgesinnter, schwach, wenn er allein steht. So ist er der Gedanke der Demokratie, die immer mehr im Bauertum Fuß faßt. Eine Versammlung rheinländischer Bauern am Sonntag in Birstadt gab davon Zeugnis. Trotz einer gleichzeitigen Versammlung der freien Bauernschaft in Alzey war die Versammlung sehr gut besucht. Als erster Redner wies Abg. Eberle darauf hin, daß es heute nicht genüge, zu klagen. Der Bauer muß selbst sein Schicksal in die Hand nehmen. Güterdirektor Schneider wies hin auf die Selbsthilfe, durch die die Bauern in Dänemark sich wirtschaftlich und politisch eine einflussreiche Stellung gesichert haben. Er betonte die Notwendigkeit einer guten sachlichen Vorbildung für den Bauernstand.

Als dritter Redner sprach der Minister für Arbeit und Wirtschaft Kroll. Man darf, so sagte er, die Notlage der Landwirtschaft nicht leugnen, aber man soll sie auch nicht überschätzen. Besonders falsch sei es, sie agitatorisch auszunutzen. Er verlangte, daß an Stelle der Großgrundbesitzer, die ihren Besitz nicht halten könnten, Bauern Verwalter des deutschen Bodens würden. Er hob dann noch hervor, was die heftigste Regierung für die Bauern getan habe und schloß, daß die heftigste Regierung unbeirrt durch die Wahlagitation ihre Pflicht gegenüber dem Bauernstand, wie gegenüber den anderen Berufen tun werde. Er warnte als alter Freund der Bauern vor den neuauftauchenden Bauernparteien, welche im Endeffekt Abkehr der Bauern von der Republik und des überwiegenden Berufsständen und damit eine Minderung des bäuerlichen Einflusses auf die Gesetzgebung bedeutete. Die Förderung des Wohls aller Stände sei nach wie vor das Ziel der demokratischen Partei. Lang anhaltender Beifall belohnte die Ausführungen des Ministers.

Was wird aus den alten Lebensversicherungen?

Der Deutsche Versicherungs-Schulverband e. V., Berlin (W. 30, Hofstraße 62), teilt hierzu mit:

Daß die alten Lebensversicherungen aufzuwerten sind, und daß ihre Anmeldung zur Aufwertung nicht erforderlich ist, ist allgemein bekannt. Unkenntnis herrscht aber in weiten Kreisen darüber, in welcher Weise die Aufwertung erfolgt. Die Aufwertungsanteile für Versicherungen, die vor dem 14. Februar 1924, sei es durch Tod des Versicherten, sei es durch Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer, fällig geworden sind, werden nach Fertigstellung des Teilungsplanes einschließlich einer geringen Verzinsung für die Zeit ab 14. Februar 1924 ausgezahlt. Befügt die betreffende Versicherungsgesellschaft nicht über genügend flüssige Mittel, dann kann ihr auf Antrag die Aufsichtsbehörde die Hinausschiebung der Zahlungsfrist bis zum 31. Dezember 1932 gestatten. Auch können die fälligen Ansprüche mit Mobilisierungspandbriefen (wie es beispielsweise beim Nordstern der Fall ist) bezahlt werden. Fällige Ansprüche können vor Fertigstellung des Teilungsplanes befristet werden. Anträge hierfür sind beim Treuhänder der betreffenden Versicherungsgesellschaft zu stellen.

Waren die Versicherungen vor dem 14. Februar 1924 noch nicht fällig, dann werden aus den Aufwertungsanteilen mit Wirkung vom 14. Februar 1924 neue Versicherungen gebildet, für die keine Prämien zu bezahlen sind, und die nur im Falle des Todes des Versicherten zur Auszahlung gelangen. Die Fälligkeit kann auch auf die Erreichung eines bestimmten Lebensalters abgestellt werden. Endgültige Bestimmungen werden hierüber durch den von der Aufsichtsbehörde zu genehmigenden Teilungsplan getroffen. Daß die neue Versicherungssumme höher als der Aufwertungsanteil ist, versteht sich von selbst. Ist also die am 14. Februar 1924 noch nicht fällig gewesene Versicherung durch den Tod des Versicherten nach diesem Zeitpunkt (beispielsweise am 1. Juli 1924) fällig geworden, dann haben die Bezugsberechtigten Anspruch auf die den Aufwertungsanteil übersteigende neue Versicherungssumme und auf die Verzinsung derselben seit dem Fälligkeitstage. Bleibt der Aufwertungsanteil unter einem im Teilungsplan festzusetzenden Mindestbetrage, dann unterbleibt die Bildung einer neuen Versicherung, und der Aufwertungsanteil wird wie bei fälligen Ansprüchen ausgezahlt.

Neue französische Manöver? Graf Bernstorff wird bis zum Abschluß der Verhandlungen in Genf bleiben. Genf, 28. Februar. Der deutsche Delegierte in der vorbereitenden Abrüstungskommission, Graf Bernstorff, ist gestern hier eingetroffen, um dem Abschluß der Verhandlungen des Sicherheitsausschusses beizuwohnen. Graf Bernstorff wird während der Tagung des Völkerbundesrates in Genf bleiben, um mit Außenminister Dr. Stresemann im Hinblick auf die Bedeutung der kommenden Tagung der Abrüstungskommission direkte Verbindung zu nehmen und Aussprachen haben zu können.

In Völkerbundsstreifen sind gestern wiederum Gespräche im Umlauf, nach denen eine Vertagung der am 15. März beginnenden Session der vorbereitenden Abrüstungskommission erwogen wird. Es dürfte sich hierbei um Verträge von französischer Seite handeln, die bereits seit längerer Zeit im Gange sind. Bekanntlich wird von französischer Seite die Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen von dem Gange der Sicherheitsverhandlungen abhängig gemacht und hierüber erklärt, eine Förderung der Abrüstungsarbeiten sei ohne die Schaffung der notwendigen Sicherheitsgarantien nicht denkbar. Hierbei dürften jedoch die bevorstehenden französischen Wahlen eine Rolle spielen. Es verlautet, daß der französische Delegierte in der Abrüstungskommission, Paul Boncour, infolge der einleitenden Wahlpropaganda an der Beteiligung in der Abrüstungskommission verhindert ist und infolgedessen von französischer Seite eine Vertagung der Tagung der Abrüstungskommission angestrebt werde.

Gegenüber diesen Versuchen wird jedoch von deutscher Seite entsprechend der deutschen Auffassung mit großer Nachdruck eine sofortige und sachliche Weiterführung der Abrüstungsarbeiten gefordert werden müssen. Die Abrüstungsangabe des Völkerbundes steht nach den Bestimmungen des Völkerbundsstatutes in keinerlei sachlichem Zusammenhang mit der Schaffung irgend welcher neuer Garantien und muß mit diesen auch nicht in Zusammenhang gebracht werden.

Monroe-Doktrin und Regionalverträge. Genf, 28. Febr. Eine wichtige Erklärung des argentinischen Delegierten Cantilo wurde in der heutigen Nachmittagsitzung des Sicherheitskomitees des Völkerbundes abgegeben.

Bei Gelegenheit der Beratung des Berichtes des holländischen Berichterstatters über die Artikel des Völkerbundsstatutes zur Schaffung der notwendigen Sicherheit kam Cantilo auch auf den Artikel 21 des Völkerbundsstatutes zu sprechen, in dem als Konzeption an die Vereinigten Staaten erklärt worden ist, daß regionale Verträge (französisch ententes regionales) nicht im Widerspruch mit dem Geist und dem Buchstaben des Völkerbundsstatutes stehen und als Beispiel dafür wird ausdrücklich die Monroe-Doktrin zitiert. Cantilo sagte, daß er im Namen der historischen Wahrheit der Fassung des Artikels 21 des Völkerbundsstatutes widersprechen müsse. „Die Monroe-Doktrin, von der dort die Rede ist, stellt eine politische Erklärung der Vereinigten Staaten dar. Die in dieser Erklärung enthaltene Politik oder vielmehr die Politik, von der diese Erklärung Zeugnis ablegt, hat keinerlei Bedeutung, daß sie sich den Absichten der heiligen Allianz entgegenstelle, die Drohungen europäischer Mächte in Amerika von uns abgewendet und uns infolgedessen in den ersten Stunden unserer Existenz einen sehr großen Dienst geleistet, den wir durchaus anerkennen. In diesem Sinne gereichte und wird sie immer den Vereinigten Staaten zur großen Ehre gereichen, deren politische Geschichte im Dienste der Freiheit und

Werners Werbung.

Roman von George Manville Fenn und Carl Johannes.

Viele Worte galten dem Diener, der ängstlich in der halboffenen Tür stand.

„Ich bitte um Verzeihung, Herr —“

„Wenn es jemand aus dem Steinbruch ist, so sagt ihm, daß ich jetzt keine Zeit habe!“

„Nein, es ist Herr Gloddur.“

„Weshalb sagtet ihr das nicht gleich? Wo ist er?“

„Im Salon, Herr.“

Norman Gartram erhob sich, verriegelte die Zimmertür nach der Halle von innen, verließ dann das Zimmer durch die noch dem Garten führende Glastür, welche er von außen sorgfältig mit einem kunstvollen Schlüssel, den er bei sich trug, verriegelt, und ging dann die mit Granitfliesen gepflasterte Terrasse entlang nach der Veranda auf der Vorderseite des Schlosses, von wo er wiederum durch eine Glastür in den Salon trat und dort einen großen, schlanken Herrn, eine männlich schöne Erscheinung von ungefähr dreißig Jahren, im Anzuge eines Seemanns, herzlich begrüßte.

„Ah, Herr Gloddur! Das freut mich, Sie haben also Ihr Versprechen nicht vergessen?“

„Oh, nein, das tue ich nie“, erwiderte der Besucher, ihm die Hand drückend.

„Bitte, kommen Sie nach meinem Zimmer. Darin muß ich der weiblichen Tyrannei meines Haushalts gehorchen, Herr Gloddur, daß nur dort geraucht werden darf.“

„Sie glücklicher Mann!“

„Wie meinten Sie?“

„Ich meinte, Sie sind ein glücklicher Mann, daß Sie an der Herrschaft solch einer Königin leben.“

Norman Gartram blickte ihn schief an und erwiderte dann:

„Verschmerzen Sie nicht Ihre Komplimente! Komplimente sind in der reinen Gesellschaft am Plage. Ich bin aber nur ein einfacher Handelsmann.“

„Lord Gartrams Bruder ein einfacher Handelsmann?“

„Ja, weshalb denn nicht? Mein Vater hinterließ mir und meinem Bruder nichts als ein paar hundert Pfund Rente und das erhebende Bewußtsein, der Sohn eines Edelmannes zu sein. Ich hatte nur die Wahl, entweder ein verächtlicher Schmarotzer zu sein, oder ein ehrlicher, tüchtiger Arbeiter. Ich wählte das letztere. Mein Bruder nannte mich einen Narren und ging seines Weges, und ich als hartköpfiger Narr ging gleichfalls meines Weges.“

„Ja, Herr Gartram?“

„Mein Bruder heiratete dann eine ältere, nicht ganz junge Dame. Meine Tochter und meine Nichte haben sie ja ganz gern und erzählen immer wieder davon, wie nett sie bei ihrer letzten Reise nach dem Kontinent gewesen. Ich kann sie aber nicht anstehen, und meinen Bruder macht sie wohl auch nicht besonders glücklich. Er heiratete also diese Dame, während ich mein ganzes Geld für den Ankauf einer unfruchtbareren Strecke dieser Weltküste ausgab. Mein Bruder sagte, ich müßte von Einnahmen leben, aber meine Klippe hat den Granit für eines der herrlichsten Baumwerke in England geliefert und mich zum reichen Mann gemacht, während Lord Gartram seine Frau um jeden Schilling bitten muß, den er ausgeben will — wenn er mich nicht um Geld bittet. Wenn ich einmal anfangen, davon zu reden, kann ich so leicht nicht aufhören!“

Er führte den Besuch auf demselben Wege, den er selbst vorher genommen, in sein Arbeitszimmer und schloß mit einem kunstvollen Schlüssel eine eichene Tür auf, welche sich langsam öffnete und auf der Innenseite eine glatt polierte Granitplatte zeigte. Auch die übrigen Seiten des Wandbänkechens bestanden aus dem gleichen Material.

„Ein seltsames Wandbänkechen für Zigarren, nicht wahr? Ganz von Granit! Ich glaube nun einmal an Granit. Nehmen Sie eine von diesen.“ und damit stellte

er einige Ritzchen auf den Tisch. „Ich werde mir auch eine anzünden, schlechte Gewohnheit so früh am Tage, aber man kann doch nicht immerzu arbeiten.“

„Nein, Herr Gartram, und wenn das Gerücht nicht läßt, so arbeiten Sie überhaupt zu unablässig und angestrengt.“

„Zum Fenster mit dem Gerücht!“ erwiderte der alte Herr, sich in einen bequemen Lehnstuhl niederlassend und eine Zigarre sorgsam anzündend, wobei er seinen Besucher aus halbgeschlossenen Augen unterwand betrachtete.

„Gefällt Ihnen die Sorte?“

„Ein wirklicher Hochgenuß!“ erwiderte jener, und dann rauchten sie eine Zeitlang schweigend, bis Gartram diese Pause plötzlich durch ein scharf und kurz hervorgeflohenes Wort brach:

„und?“

„Was meinen Sie, Herr Gartram?“

„Weshalb besuchen Sie mich heute Vormittag?“

„Sie hatten mich doch eingeladen, Sie gelegentlich mal zu besuchen.“

„Das ist kein ausreichender Grund! Hätten Sie mich bloß besuchen wollen, dann wären Sie nachmittags gekommen. Wollen Sie etwa Geld von mir borgen?“

„Aber ich bitte Sie, Herr Gartram! Nein!“

„Nun, dann sprechen Sie frisch von der Leber weg, mein junger Freund.“

„Sie erraten also den Zweck meines Besuches?“

„Nein, ich kann ihn gewissermaßen fühlen. Außerdem bin ich nicht blind.“

Gartram blickte den alten Herrn halb belustigt, halb verlegen an und meinte dann nachdenklich:

„Nein, das glaube ich auch nicht. Nun, angenehm ist es nicht, solch eine Bitte anzusprechen, und je schneller ich es hinter mir habe, desto besser.“

Gloddur räusperte sich und begann:

der Gerechtigkeit so viele und so schöne Seiten aufzuweisen hat. Aber es wäre unrichtig — und es ist sogar ganz und gar unrichtig — wie es der Artikel 21 tut, eine einseitige politische Erklärung, die, so viel ich weiß, niemals ausdrücklich von den anderen amerikanischen Staaten angenommen worden ist, als eine regionale Verständigung im Sinne des Völkerbündnisses zu bezeichnen."

Die Genfer Märztagung vor dem Reichskabinett

Berlin, 29. Februar. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann trifft am Sonntagmittag in Genf von Cap Martin ein, wo er sich zur Zeit aufhält. Staatssekretär von Schubert hat gestern mittag vor den Mitgliedern des Reichskabinetts einen Vortrag über die Probleme gehalten, die in Genf voranschreitend zur Sprache kommen werden. Herr von Schubert begab sich, wie bereits gemeldet, gestern abend zu Dr. Stresemann. An der Genfer Tagung werden voraussichtlich der französische Außenminister Briand und der englische Außenminister Chamberlain teilnehmen. Außenminister Briand hat bereits angekündigt, daß er sich mit seinem Kabinettschef Berthelot nach Genf begeben wird.

Die italienisch-österreichische Spannung

Rom, 29. Februar. Die Spannung, mit der Mussolini's Antwort an den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel erwartet wurde, hat etwas nachgelassen. Wenn auch Mussolini's Erklärung auf der Tagesordnung der heutigen Kammerung steht, so rechnet man mit ihr nicht vor Mittwoch oder Donnerstag. In englischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß englischerseits inoffiziell darauf hingewiesen worden ist, daß eine Komplizierung des italienisch-österreichischen Konflikts ganz unzuwidermäßig sei.

Nach der vorerzählten Kammerung hat der Wiener Gesandte, Auriti, Mussolini den kenographischen Text der beanstandeten Neben im österreichischen Nationalrat überreicht.

Der „Popolo di Roma“ meldet aus Wien, daß man dort mit großer Ruhe die Mussolini-Erklärung erwarte. Das Blatt stellt mit Verdringung fest, daß eine große Protestkundgebung des Andreas-Hofer-Bundes in Innsbruck verschoben worden ist. Die Ausführungen des Berliner Sozialdemokraten Stämpfer werden von dem Blatt als paupermanisch zurückgewiesen.

Österreich sucht Geld

Der amerikanische Kongreß und die österreichische 100-Millionen-Dollar-Anleihe.

Berlin, 29. Febr. In Wiener Regierungskreisen wird die Newyorker Meldung der „Information“, wonach Schatzsekretär Mellon dem amerikanischen Kongreß vorschlagen werde, die österreichische Anleihe im Betrage von 100 Millionen Dollar nur unter der Bedingung zu gewähren, daß Österreich zu einem entsprechenden Betrag seine Einnahme verpfändet, als ganz unverständlich bezeichnet. Der Kongreß hat mit der Frage der Gewährung oder Nichtgewährung der Anleihe nichts zu tun. Sie ist vielmehr ausschließlich Gegenstand der Verhandlungen der amerikanischen Finanzgruppen. Sache des Kongresses ist lediglich die Rückstellung der Forderung, die von der amerikanischen Regierung dem Kongreß bekanntlich bereits empfohlen wurde.

Der polnische Wahlterror

Posen, 29. Februar. Auch in der Wojewodschaft Posen herrscht der schlimmste Wahlterror gegen die deutsche Minderheit. So wurden verschiedene Wählerverfammlungen gesprengt, die der frühere deutsche Abgeordnete Grabe im Wahlkreis Schilberg-Adelung einberufen hatte. Hier waren Sprengstoffmengen an der Arbeit. In einem Fall mußte die Polizei die Versammlung auflösen. Sie trieb jedoch nur die ruhigen Deutschen aus dem Versammlungsort hinaus. Der zweite deutsche Redner, Kaufmann König-Chrowo, wurde von der Kriminalpolizei verhaftet und solange festgehalten, bis die Versammlung beendet war. Grabe wurde während seines Vortrages mit Eiern beworfen.

Außland warnt Afghanistan vor England

Berlin, 29. Febr. Wie der Amtliche russische Funkpruch meldet, feierte die Moskauer Presse in langen Leitartikeln den gestrigen Jahrestag der Unabhängigkeit Afghanistans und den 7. Jahrestag des Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und Afghanistan. Es wird hervorgehoben, daß Sowjetrußland die erste Regierung war, die Afghanistan ohne Vorbehalte als unabhängigen Staat anerkannte. — Die „Iswestija“ weist auf die Gefahr hin, die Afghanistan an der indisch-afghanischen Grenze drohe und erklärt, daß selbst die glänzendsten Empänge des afghanischen Königs in Poudou nicht die Gefahr verweisen könnten, die Großbritannien an der indischen Grenze für Afghanistan bedeuete.

Der deutsch-litauische kleine Grenzvertehr

Befriedigender Verlauf der Verhandlungen.

Berlin, 29. Febr. Der frühere litauische Finanzminister Dr. Karvelis, der bekanntlich im Auftrage der litauischen Regierung über die Auslegung des Abkommens über den kleinen Grenzvertehr verhandelte, ist nach Kowno abgereist. Die Besprechungen sind befriedigend verlaufen und haben in einer ganzen Reihe von Punkten zu einer Verständigung geführt.

Litauisch-polnische Verhandlungen in Genf oder in Königsberg?

Paris, 29. Febr. Wie in diesem autunnterrichteten Kreisen verlautet, stellt die Note des litauischen Ministerpräsidenten Woldebaras an den polnischen Außenminister Jaleski die polnische Regierung vor die Wahl, Besprechungen entweder in Genf unter Mitwirkung des Völkerbundes oder aber direkte Verhandlungen zwischen beiden Ländern einzuleiten. Letztere könnten am 5. März beginnen. Als Konferenzort soll Königsberg vorgeschlagen werden.

Die neue Glanzleistung des Zeppelins „Los Angeles“

Der Zeppelin „Los Angeles“ nach 2200 Meilen ohne Aufenthalt gelandet.

London, 29. Februar. Das Luftschiff „Los Angeles“ landete um 10.40 Uhr abends nach einem 200-Meilen-Flug ohne Aufenthalt auf dem France-Feld. Der Flug verlief ohne Zwischenfall.

Newyork, 29. Febr. In dem neuen Panamaflug des in Deutschland erbauten Luftschiffes „Los Angeles“ werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Das Luftschiff wurde um 9.35 Uhr in France-Feld am Panamafeld aufgeföhrt, so daß von da ab bis zur Verankerung rund eine Stunde gebraucht wurde. Der Gesamtflug dauerte nahezu 40 Stunden. Der Ankerplatz auf dem France-Feld ist eine neuartige Erfindung. Er ist 18 Meter hoch und im Gegeniaz zu anderen Masten transportierbar, so daß da-

durch der Operationsradius des amerikanischen Zeppelins bedeutend erweitert ist. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug etwa 55 Meilen die Stunde. Die „Los Angeles“ verläßt bereits in kürzester Zeit wieder Panama, um nach Lakehurst zurückzukehren. In amerikanischen Marinekreisen sieht man in dem Flug einen glänzenden Beweis für die praktische Verwendbarkeit lenkbarer Luftschiffe für den Passagierdienst und auch für den Transozeandienst. Neben der kommerziellen Bedeutung des Fluges wird aber auch die militärische Seite unterstrichen. Die amerikanischen Marinefachverständigen verweisen ausdrücklich auf die außerordentliche Wichtigkeit des deutschen Luftschiffbaues.

Zu dem „Los-Angeles“-Fernflug.

Newyork, 29. Febr. Commander Rosenbahl beabsichtigt, heute früh mit der „Los Angeles“ nach der Guacanayaba-Bay zu fliegen, um dort auf dem Ankerplatz „Patota“ zu ankern und dann nach Lakehurst zurückzukehren. Das Luftschiff hatte während des letzten Fluges durchweg ungünstiges Wetter und schlechte Sicht, so daß der gute Verlauf des Fluges um so höher zu bewerten ist.

England für Revision des Washingtoner Achtstundentabkommens

London, 29. Febr. Während der vorgestrigen Debatte im Unterhaus über das Washingtoner Achtstundentabkommen gab der Arbeitsminister Sir Arthur Steel-Maitland der Meinung Ausdruck, daß die Washingtoner Konvention zu unbestimmt sei. Er persönlich sei immer für eine 8stündige Arbeitswoche gewesen, aber er könne sich mit einer so ungenügend ausgearbeiteten Konvention, wie es die Washingtoner sei, nicht einverstanden erklären. Er sei der Meinung, daß Großbritannien auf Revision des Abkommens bestehen solle.

Badischer Landtag

Rechtspflegeausschuß des Badischen Landtags.

Karlsruhe, 29. Febr. Der Rechtspflegeausschuß des Bad. Landtages beschäftigte sich gestern mit einer Eingabe des Vereins der Deutschen Strafanstaltsbeamten um bessere Würdigung ihres Berufes im kommenden Reichsstrafvollzugsgesetz. Regierungsseitig wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die badischen Wünsche in der Praxis erfüllt seien. Das Gesuch soll zur Kenntnisnahme überwiesen werden. Die Kommunisten hatten einen Antrag gestellt auf Änderung des Reichsgesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hinzuwirken, hauptsächlich in dem Sinne, daß die Arbeitslosenversicherung allgemein sofort von der Anmeldung an gewährt wird. Der Ausschuß sprach sich für Beibehaltung der Frist von drei Tagen aus und lehnte den kommunistischen Antrag ab. In einem Antrag ersucht das Zentrum die Regierung, rechtzeitig alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Schädigungen zu überprüfen, die durch den Bau der Automobilstraße Hamburg-Frankfurt-Basel zum Nachteil der Bevölkerung entstehen. Ein Regierungsvertreter antwortete, daß man bisher schon in diesem Sinne gehandelt habe. Wenn es zum Bau dieser Automobilstraße komme, wird eine neue Privatgesellschaft gegründet werden müssen, da bei der gegenwärtigen Finanzlage der Staat dazu nicht in der Lage ist. Ein Kilometer Automobilstraße bei neun Meter Breite koste rund 300 000 Mark. Die Aussichten für den alsbaldigen Ausbau Frankfurt-Mannheim-Heidelberg seien keineswegs ungünstig, allerdings müßte das Reichsverkehrsministerium mehr als bisher entgegenkommender werden und die Erhebung von Gebühren gestatten.

Oberst Baenter von Dantenschweil,



Der neue Landeskommandant von Baden, stammt aus einem alten badischen Geschlecht. Am 12. Dezember 1876 geboren, trat er 1898 in das Badische Leibgrenadier-Regiment Nr. 109 ein, wurde 1912 Hauptmann im Generalstab des XX. Armeekorps und nahm an den ersten Schlachten im Osten teil, um später dem Generalstab in den verschiedenen Stellen anzugehören. Am 1. Oktober 1919 kam er in den Generalstab der 5. Reichswehr-Division, wurde zwei Jahre später Kommandeur des 3. Bataillons vom Infanterie-Regiment Nr. 14, 1922 Oberstleutnant und 1926 Oberst. Am 1. Februar 1927 wurde er Kommandeur des Inf.-Regts. Nr. 14 und wird nun ab 1. März 1928 Landeskommandant in Baden sein.

Aus Nah und Fern.

* Simsheim, 29. Febr. (Vortragsabend.) Wir machen auf den heute Abend im Löwenaal stattfindenden „Romeo-Abend“ — Vortrag eigener humoristischer Gedichte — ganz besonders aufmerksam. (Siehe Inserat.)

* Simsheim, 28. Febr. (Der Bad. Landesschützenfest) findet dieses Jahr am 13. Mai in Gengenbach statt. Gleichzeitig wird das Gaujuch des Mittelbadischen Schützenausschusses abgehalten und die Schützengesellschaft Gengenbach wird zwischen 12. und 15. Mai d. Js. auf ihrer herrlichen Schießanlage ein größeres Preisjuch anberaumen. Neben der Ehrenschilde für die badischen Delegierten wird der Gau eine Ehrenschilde aufstellen, sowie das Gaumeisterschafts- und Gaumeisterschafts-Abhalten.

* Simsheim, 28. Febr. (Zur Sicherung der Honigerte.) Von behördlicher Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Weidenkästchen zur Ernährung der Bienen und mithin auch zur Sicherung der Honigerte außerordentlich wichtig und notwendig sind. Jede Person, die fremde Weidenkästchen abgibt, macht sich strafbar. Dem gemerksamigen Sammeln größerer Mengen von

Blütenzweigen der Weiden (Weiden- und Palmkästchen) wird nachhaltig entgegengetreten.

* Simsheim, 28. Febr. (Arbeitslosenunterstützung nach Einkommenshöhe.) Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt hat zu der mehrfach umstrittenen Frage ob die Arbeitslosenunterstützung nach dem Einkommen berechnet werden müsse, oder nicht, entschieden, daß sich die Höhe der Unterstützung nicht nach der Höhe der Krankenkassenbeiträge, sondern unter allen Umständen nach der Höhe des tatsächlichen Einkommens zu richten habe.

* Simsheim, 28. Febr. (Urlaub für Beamte zum Kölner Turnfest.) Die Deutsche Turnerschaft hatte sich mit einem allgemeinen Urlaubsgefuß für ihre Beamtentmitglieder zum Deutschen Turnfest in Köln an die Reichs- und Staatsministerien gewandt, worauf der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in zugehörigem Sinne — soweit es die Unterrichtsverhältnisse gestatten — entschieden hat. Auch der Reichspostminister hat, wie wir aus Berlin erfahren, die Oberpostdirektionen ermächtigt, über Anträge von Beamten auf Beurlaubung an Kameradschaftlichen oder der körperlichen Ermüchtigung dienenden Veranstaltungen unter gewissen Bedingungen selbst zu entscheiden.

* Eppingen, 28. Febr. (Im Volkshochschulkurs) sprach Oberbaurat Schmieder (Heidelberg) über das Thema „Die Kirche im Ortsbild“. Der Redner vermittelte ein anschauliches Bild von der alten, geschlossenen Bauweise, wie sie ehemals das Ortsbild mit Kirche umschloß und hob im Gegeniaz dazu die moderne Bauweise hervor, die gar keinen Wert auf einen Zusammenklang legt und so oft im Ortsbild die schlechtesten Wirkungen hervorruft.

* Heidelberg, 28. Febr. (Wüste Schleherei.) Gestern nachmittag gab ein Arbeiter in der Altstadt auf seinen früheren Arbeitgeber, sodann auch auf einen Sekretär des Fürsorgeamts auf einen Polizeibeamten und auf verschiedene andere Leute Schüsse aus einer Schmelztopfpatrone ab. Der Fürsorgebeamte erlitt leichte Verletzungen im Gesicht, während die Verwundungen der anderen ganz belanglos sind. Der Arbeitslose wurde dem Amtsgefängnis zugeführt.

* Schwefingen, 28. Febr. (Verkehrsunfall.) Gestern gegen 16 Uhr wurde in der Mühlheimer Talstraße hier ein 14 Jahre alter Volksschüler von hier von einem Radfahrer angefahren und derart zu Boden geworfen, daß der Schüler einen Knöchelbruch davontrug. Er mußte in das Krankenhaus verbracht werden.

* Ludwigshafen a. Rh., 28. Febr. (Großfeuer.) Am Montag entstand in den späten Abendstunden in den Lagerräumen der Möbelfirma Landes Söhne-Mannheim in Ludwigshafen, Kaiser Wilhelmstraße 5, wo sich ein Fülllager der Firma befindet, aus bisher noch unbekannter Ursache ein Brand, der an den großen Möbelvorräten, Küchen- und Zimmer-Einrichtungen reiche Nahrung fand und die Löscharbeiten sehr erschwerte. Die Feuerwehr arbeitete seit etwa halb 10 Uhr fieberhaft an der Bekämpfung des Brandes, der um 2 Uhr nachts noch nicht gelöscht war. Das gesamte Möbelloager fiel den Flammen zum Opfer. Der Brand griffa uch auf einen seitlichen Anbau über, dessen obere Stockwerke ausgebrannt sind. Der Schaden beträgt schätzungsweise 120 000 Mark.

* Mannheim, 29. Febr. (Tagung.) In der Zeit vom 12. bis 14. Juni findet die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes selbständiger badischer Schmiedemeister hier statt.

* Ludwigshafen, 29. Febr. (Meißerstecherei.) In der Nacht auf Montag gerieten in der Gellertstraße zwei Tagelöhner in Streit. Einer von ihnen verletzte mit dem Taschenmesser seinen Gegner derart, daß Ober- und Unterlippen in einer Höhe von 8 Zentimetern getrennt wurden ein weiterer Stich verletzte die Schädeldecke, fünf weitere durchdrangen die Kleider. Der Täter verletzte sich durch Umlegen des Messers an der Hand, wobei er sich die Sehne des linken Ringfingers durchschnitt.

* Heidelberg, 29. Febr. (Todesfall des Reichspräsidenten Ebert.) Aus Anlaß des Todesstages des Reichspräsidenten Ebert hat gestern vormittag im Auftrage der badischen Staatsregierung der Landrat von Heidelberg am dortigen Grabe einen Kranz niedergelegt. Namens der Reichsregierung erfolgte eine Kranzniederlegung durch den Präsidenten des Landesfinanzamtes Baden, Stamer.

* Unterwisheim, bei Bruchsal, 29. Febr. (Autounfall.) Das mit Vacksteinen beladene Auto des Ziegeleibesitzers Emil Müller von hier fuhr auf der Straße gegen Uhlrad. Ein Holzfuhrwerk kam ihm entgegen. Plötzlich scheute das Pferd. Ein Teil des Holzwagens nebst Deichsel wurden zertrümmert. Das Pferd erlitt so schwere Verletzungen, daß es erschossen werden mußte.

* Marlen, bei Kehl, 29. Febr. (Autounfall.) Montag nachmittag stießen an der Straßenecke beim Hofsteg ein Personenauto von Altenheim und ein Lastauto der Kronenbrauerei Offenbürg mit solcher Wucht zusammen, daß das Personenauto außerordentlich schwer beschädigt wurde, während das Lastauto mit einem kleinen Schaden davonkam. Die Insassen des Personenautos erlitten geringfügige Verletzungen. Untersuchung der Schuldfrage ist eingeleitet.

Die Betrügereien bei den Leuna-Werten

14 Angeklagte. — 87 Zeugen.

Franckenthal, 29. Febr. Vor dem Schöffengericht Ludwigs-hafen begann am Montagvormittag in Franckenthal der bekannte Betrugs- und Bestechungsprozeß gegen den Fabrikanten Wagner, den Hauptangeklagten, und weitere 13 Angeklagte, fast sämtliche Angehörte des Leuna-Berkes der F.-G. Farben. Die Anklage wirft Wagner Betrug und angelegte und beabsichtigte Bestechung vor, und den übrigen Angeklagten Beihilfe zum Betrug bzw. zur Bestechung. Die Anklage vertreten die Staatsanwälte Jung und Dr. Böhlmann. Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsrat Dr. Ritterkropfer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden wurde die Zulassung des Vereins zur Bekämpfung des Bestechungsunweins als Nebenklager abgelehnt. Sodann wurde ein Antrag auf Ablehnung der Sachverständigen Kleinböhl und Schneider wegen Befangenheit zurückgewie-

Die Entscheidung

über das für Sie am vorteilhafteste Kleidungsstück wird Ihnen schwer fallen, wenn Sie sich nicht von einem Fachmann beraten lassen, der mit Kennerblick das Richtige für Sie auswählt. Wir verfügen über bestgeschultes Personal, hinter dem eine Riesenauswahl steht. Scheuen Sie nicht den Weg zu

Gebrüder Manes
Mannheim P 4, 11-12

ten, da es sich darum handelte, die technischen Einrichtungen des Rennwerkes aufzuklären.

Darauf wurde in die Vernehmung des Angeklagten Wagner eingetreten. Bei Erörterung der Geschäftsbeziehungen der Firma Sax u. Söhne mit dem Rennwerk suchte der Angeklagte die Dinge so darzustellen, als ob nicht er an die Rennwerke herantreten sei, sondern die Rennwerke an ihn.

In der Nachmittagsitzung befragt Wagner zusammenfassend, daß er auf der Schlussrechnung die Zahl der Quadratmeter erhöht habe. Auch der Vertreter der Nebenlage, Justizrat Baauer, stellte verschiedene Fragen.

Die weitere Vernehmung des Angeklagten beschäftigte sich mit dem Punkt der Anklage, der Wagner übermäßige Beschleunigung der Kappen durch Einbau zu vieler und zu schwerer Winkelfeilen zwecks Erhöhung des Gewichtes und damit des Preises vorwirft.

Zum Schlusse des ersten Verhandlungstages wurde der Angeklagte über die unrechtmäßigen Vohrübervergütungen befragt. Der Angeklagte verief sich darauf auf Vereinbarungen mit dem Rennwerk und vertrat den Standpunkt, daß er berechtigt gewesen sei, auch für sich Vohrübervergütungen zu verlangen, da er selbst mitgearbeitet habe.

Kündigung des Mehrarbeitszeitabkommens im Ruhrbergbau zum 30. April.

Essen, 29. Febr. Die Bergarbeiterverbände haben gestern die Kündigung des bestehenden Mehrarbeitszeit-Abkommens für den Ruhrbergbau zum 30. April 1928 beim Zechenverband eingereicht.

Schweres Einsturzungslück in Cuituba.

Paris, 29. Februar. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, führte in Cuituba in Carana gestern während einer Kinovorstellung ein altes Mauerwerk zusammen.

14 Zigeuner ertranken.

Paris, 29. Februar. Wie „Journal“ aus Madrid meldet, wurde in der Provinz Suelva eine 14köpfige Zigeunerbande, als sie auf ihren Pferden einen Fluß überschreiten wollte, vom Strome fortgerissen.

Strandung eines isländischen Dampfers.

Kopenhagen, 29. Februar. Wie aus Reikjavik gemeldet wird, ist der isländische Dampfer „Von Forseti“ am Montag an der isländischen Küste gestrandet.

an der isländischen Küste gestrandet. Infolge der gewaltigen Brandung war eine Rettungsaktion ausgeschlossen. Die Hälfte der Besatzung wurde über Bord gespült, wobei 13 Mann ertranken. Neun Mann wurden gerettet. Drei Leute befinden sich noch an Bord und können vermutlich nicht geborgen werden.

Defekt des größten italienischen Dampfers.

Berlin, 29. Februar. Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Genua gemeldet wird, hat das am 24. Februar von Genua in See gegangene Riesenmotorschiff der Luxus-Schnelldampfer-Linie nach Südamerika kurz nach Barcelona einen Maschinendefekt erlitten, so daß sich der Kapitän zur Umkehr entschloß.

Eine Schwindelaffäre in Wilhelmshafen.

Wilhelmshafen, 29. Februar. Hier ist eine große Schwindelaffäre aufgedeckt worden. Ein Schwimmbad der früheren Deutschen Werke war einer hiesigen Firma überlassen worden, da diese Ansicht hatte, das Bad durch Vermittlung eines Agenten an eine amerikanische Schiffahrtsgesellschaft zu verkaufen.

Der Unfall der „Augustus“.

Genua, 28. Febr. Das 30 000 Tonnen-Motor-Schiff „Augustus“, das wie bereits gemeldet, auf der Ueberfahrt nach Südamerika infolge Maschinenpanne umkehren mußte, ist heute bei Tagesanbruch wieder im Hafen eingetroffen. Die Passagiere wurden ausgeschifft und können die Ueberfahrt mit dem Schnell-dampfer „Duce d'Alto“ der gleichen Linie und Gesellschaft machen, der statt am 3. März sofort ausfährt.

Stimmen aus dem Leserkreis.

Für die unter dieser Abtheilung erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung lediglich die presserechtliche Verantwortung.

Aus dem Amtsbezirk, 28. Febr. (Die hohe Polizei.) Ein passendes Seitenstück zu dem in der Montagsnummer des Landboten veröffentlichten Artikel „Die hohe Polizei“ betr., kann aus einer der Amtsstadt benachbarten Gemeinde des Bezirks folgendes wahre Begebnis berichtet werden: In einem gewöhnlichen Werktag waren in einer hiesigen Wirtschaft zufällig einige ältere Bürger beisammen und unterhielten sich; eingedenk des strengen Polizeiverfahrens, erhoben sie sich um 12 Uhr und stan-

den vor der Ausgangstür um heimzugehen, wo sie noch einige Worte in einem dem erzählten Erlebnis wechseten. Aber mit des Geschickes Mächten, ist kein em'ger Bund zu flehen; schon kam das gestrenge Polizeiorgan und erwischte sie — die Verbrecher — 7 Minuten nach 12 Uhr. Wie vorauszu sehen, kamen alle zur Anzeige und die Gendarmerie hat weitgehende Erhebungen in dieser Sache ange stellt. Dies, rührige lieben Leser, sind Anzeichen der zu erwartenden „Freiheit“ des Bürgers in unserem Musterlande.

Radio-Programm

- für Donnerstag, den 1. März 1928. Berlin (483), Königswalderhäuser (1250), 20.30 Uhr: Sende-spiele. 22.30 Uhr: Funk-Tanzstunde. Danach: Tanzmusik. Breslau (322), 20.20 Uhr: Symphoniekonzert. 22.30 Uhr: Ueber-tragung von Berlin. 23.00 Uhr: Tanzmusik.

Radio-Vertrieb

E. Schick, Uhrmachermeister, Sinsheim a. E. De. Seibt-Vertreter - Lager in Telefunken-Röhren, Radios, Batterien - Gänzlich selbstverpackt, Radio-Apparate, Radio-Apparate - Telefon 210.

Wetterbericht.

Carlsruhe, 28. Februar. Das europäische Hochdruckgebiet ist vor dem großen seit einigen Tagen über dem Ocean liegenden Tiefdrucksystem etwas nach Osten zurückgewichen, so daß Nordströmungen heute in Südrheinland an Einfluss gewonnen haben. Solange jedoch der hohe Druck noch im nahen Osten liegt, müssen wir erfahrungsgemäß mit Fortdauer der heiteren und trockenen Witterung rechnen.

Stamm- und Brennholzverfeigerung. Die Evang. Pfllege Schönau in Heidelberg verfeigert: I. am Montag, den 5. März 1928 vormittags 9 Uhr im „Lamm“ in Hess. Neckarhausen: Brennholz aus Dist. III. Michelbuch bei Hess. Neckarhausen: Scheitholz: 339 buch, 10 eich, 2 birk; Prei-selholz: 132 buch, 25 eich, 4 birk; Reis-holz: 220 buch, 82 eich; Schlagraum: 13 Lose. II. am Dienstag, den 6. März 1928 vormittags 9 Uhr im „Schwanen“ in Neckarsteinach: Stammholz 1. aus Dist. III. Michelbuch bei Hess. Neckarhausen: Stämme: 20 Lärch, II.-IV. Kl., 103 Lärch, V. u. VI. Kl., 134 buch, I.-III. Kl., 271 buch, IV.-V. Kl.; 40 eich, II.-V. Kl.; 3 Hainbuch, V. Kl., 3 Kirschb. IV. Kl.; Abfchnitte: 10 Lärch, I. Kl., 15 Lärch, II.-IV. Kl., 22 For. II.-V. Kl. 2. aus Dist. I. Buchwalb und Dist. II. Vogel-herd bei Schönau: Stämme: 28 Lärch, III. u. IV. Kl., 47 Buch, III.-V. Kl., 83 eich, IV.-VI. Kl., 4 Birk, V. Kl.; Ab-schnitte: 1 Lärch, I. Kl., 810 Lärch, V.-VI. Kl. (für Hopfenanlagen zugerichtet) 670 Lärch, Baumstangen I.-III. Kl. (für Einfriedigung und Baumpfähle): 320 For. I.-V. Kl. Borgfrist gegen Bürgschaft bis 1. X. 1928. Aus-züge von der Pfllege, Oberforstwart Kilian in Schönau und Forstwart Daub auf Michelbuch, die auch nähere Auskunft erteilen.

Verein „Bad. Heimat“ Mittwoch, 29. Februar abends 1/2 9 Uhr im Löwensaal Romeo-Abend „Vortrag eigener humoristischer Gedichte“ Zur Bestreitung der Unkosten werden 50 Pfg. erhoben. Ortsgruppe Sinsheim.

Achtung!! Zum Fohlenmarkt empfehle ich sämtlichen Besuchern meine bekannte gute warme u. kalte Küche zu jeder Tageszeit bei billigsten Preisen. Eigene Schlächterei Hausmacher Wurstwaren Wilhelm Buck Gasthaus „Z. Reichskrone“ N.B. Für ff. Biere u. Weine ist bestens gesorgt.

Bekanntmachung. Ich habe früher vom Jahre 1917 bis 1919 das von meinem Stiefvater J. Geiger gegründete Uhren- und Goldwarengeschäft als Inhaber mit bestem Erfolg betrieben. Auf vielseitigen Wunsch meiner früheren Kunden habe ich mich seit Anfang Dezember entschlossen in mei. em eigenen Haus Sophienstraße 7a eine Treppe hoch den Verkauf und Reparatur von Gold- und Silberwaren, Uhren, Trauringe, Bestecke, Wecker in nur erstklassigen modernen Waren zu äußerst billigen Preisen einzurichten durch Ersparnis der hohen Ladenmiete. Emil Burger, Heidelberg Uhrmacher u. Juwelier Sophienstr. 7a I. Etage Besichtigung ohne Kaufzwang, machen Sie einen Versuch, auch Sie werden stets sehr zufrieden sein

Ordnlicher Junge der Lust hat das Schlosserhandwerk zu erlernen, für sofort oder bis Ostern gesucht. Zu erfragen unter Nr. 259 beim Landboten. Für gefunden, kräftigen 15 Jahre alten Jungen (Bollmaße) suche ich eine Lehrstelle als Metzger. Eintritt kann eventl. sofort erfolgen. Angebote sind an Heinrich Gebhard, Riehen b. Eppingen zu richten.

Bruteier weiß amerikaner Leghorn ständig, rote Niederländer und reibhühnerfarbige Italle. er auf Bestellung. Täglich frische Trinkeier zu Tagespreisen empfohlen Alfred Grab, Riedelsfeld

Turnverein Sinsheim Unsere alljährliche Generalversammlung findet am Samstag, 10. März abends 1/2 9 Uhr in der Reichskrone statt. Sämtliche Anteilseiner. Verpflichtungen wollen bis zu obigem Termin zur Erledigung gebracht werden. Der Turnrat.

Militär-Hufeisen Versende per Nachnahme, nicht unter 20 Stück, schöne, neue Militär-Hufeisen mit und ohne Zahnenloch, in allen Größen, per Stück 30 S., wenn Fuß-Nummer nicht bekannt, bitte mit Schmir auf dem Eisen messen und in Zentimeter einleiten. Bahstation angeben. W. Stegmann, Rot bei Laupheim.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN Regelmäßige direkte Abfahrten mit Doppelschrauben-Dampfern für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach CANADA Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt. Sinsheim: Georg Eiermann Ww., Eisenbahnstraße 344. Neckarbischofsheim: Max Jeselsohn, Hauptstraße 4.

Qualitätskennzeichen! Altkornweizen, ausgebaut für reines Mischbrot. Bistrot festbrotweizen bei unverändertem Preis. Jetzt auf Verkauf. Reichhaltige Auswahl in allen Preislagen! Fränk. Einfuhrung allerwärts! Langjährige Garantie! Anfragen unter Nr. 1004 an den Landboten.

4/20 10/40 A. 3000.- A. 4390.- 4 Zylinder 7/34 12/50 15/70 A. 4600.- A. 7250.- A. 7750.- 6 Zylinder der bewährteste populärste deutsche Wagen Generalvertreter: Haussmann G. m. b. H. Heidelberg, Rohrbacherstraße 83 Telefon 2508

Grabdenkmäler auf Ostern empfiehlt zu bekannt billigen Preisen Wilhelm Merkle, Sinsheim Tel. 314. Filiale Neckargemünd Tel. 314. Größtes Lager im weiten Umkreis.

Asthma Chron. Bronchialkatarrh, Verschleimung d. Atmungsorgane u. veraltete. Husten 9 Jahre schwer daran gelitten, alle vers. Mittel waren erfolglos, bis ich selbst ein Pulver zum Einnehmen erfunden habe, das mir sofort geholfen. Verziil. empfohl. Laufe. de v. Dankschreib. Jeder Leidende erhält bei Einfind. v. Nr. 1.05 (Briefmarken) eine Probe durch meine Versand- Apotheke zugefandt, damit er sich vom Erfolg selbst überzeugt. Paul Breitkreuz, Berlin SO 36.